

ÖVP beharrt auf Deckelung der Mindestsicherung

WIEN. VP-Obmann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner hat sich in Sachen Mindestsicherung festgelegt: Die Forderung nach einer Deckelung bei 1500 Euro sei Parteilinie, so Mitterlehner.

Zuletzt hatte SP-Sozialminister Alois Stöger die aus der Volkspartei ventilierte Forderung auch mit dem Verweis, dass diese selbst innerhalb der ÖVP umstritten sei, abgelehnt. Dies sei lediglich eine „Ablenkung“ Stögers, sagte Mitterlehner nun. Wie zuvor schon VP-Klubchef Reinhold Lopatka schlug auch Mitterlehner einen Abtausch mit einer SP-Forderung vor: Wenn die SPÖ dem Deckel zustimme, könne man auch über eine Wohnsitzpflicht für Asylwerber reden, sagte Mitterlehner.

SPÖ will Wohnsitzpflicht

Ohne inhaltlich auf die VP-Forderungen einzugehen, erklärte am Montag auch Bundeskanzler Christian Kern (SP), dass bei der Mindestsicherung eine koalitionäre Lösung möglich sei. „Wenn man es nicht als ideologisches Sommerthema sieht, dann gibt es natürlich einen Weg“, sagte Kern. Man dürfe aber nicht die „Ärmsten gegen die Allerärmsten“ ausspielen. Die Wohnsitzpflicht nannte er erneut als SP-Forderung.

Die derzeitige Bund-Länder-Vereinbarung für die Mindestsicherung läuft mit Jahresende aus, daher ist eine Neuregelung nötig.

Überblick

Oberösterreicherin an Spitze der Schülerunion



Foto: OÖN

VELDEN. In Velden (Kärnten) wurde die Oberösterreicherin **Michaela Oppitz** (19) zur neuen Bundesobfrau der Schülerunion gewählt. Die

nummehrige Wirtschaftsstudentin war bisher AHS-Landesschulsprecherin in Oberösterreich. Die VP-nahe Schülerunion dominiert die Schülervvertretung in Österreich: Seit mehreren Jahren stellt sie die Mehrheit in der Bundesschülervvertretung (BSV) und den Bundesschulsprecher. Derzeit hat die Schülerunion 26 von 29 BSV-Mandaten.

„Wir können nicht zaubern“

Rektorenchef Oliver Vitouch über knappe Uni-Budgets und den „Dämmerschlaf“ der SPÖ

Von Jasmin Bürger

WIEN. Warum Österreichs Universitäten im internationalen Wettbewerb unter unfairen Bedingungen kämpfen und was er sich von Sigmund Freud abgeschaut hat, sagt der neue Chef der **Universitätenkonferenz**, Oliver Vitouch, im OÖNachrichten-Gespräch.

I OÖN: Sie haben bei Ihrem Amtsantritt gesagt, den Universitäten fehlen die Spielregeln, um Spitzenleistungen zu erreichen. Was wollen Sie dagegen tun, außer, wie ein Trainer am Spielfeldrand zu stehen und „Foul“ zu rufen?

Oliver Vitouch: Mit „Foul“-Rufen wird es sicher nicht getan sein. Mit den anderen 20 Unis und der Politik müssen wir uns bemühen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die jetzige Situation mit dem sogenannten freien Zugang, der im Verhältnis dazu strukturellen Unterfinanzierung und der Erwartung von Spitzenleistungen ist die Quadratur des Kreises, sie gelingt nicht. Die Politik muss aufwachen. Ich halte es da mit Sigmund Freud: „Die Stimme des Intellekts ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehör verschafft hat.“

I Ein Ausweg wäre die von den Unis geforderte Studienplatzfinanzierung. Bei gleich bleibendem Budget hieße das weniger Studienplätze. Um wie viele?

Es kann nicht Aufgabe der **Rektoren** sein, eine Reduktion der Studienplätze zu fordern. Wir haben uns mit Wissenschaftsminister Mitterlehner auf den ernsthaften Versuch dieses Modells geeinigt. Die Frage, was sich der Staat seine Universitäten kosten lassen will, muss aber die Politik beantworten. Dass die derzeitigen Zustände, wo in manchen Fächern über 50 Prozent der Studienanfänger nicht zum Abschluss gelangen, nicht effizient sind, liegt auf der Hand.

I Also braucht es mehr Geld oder rigorose Zugangsschranken?

Es braucht ein Bekenntnis zur Kostenvorwarnung und das Eingeständnis, dass Kapazitäten nicht beliebig dehnbar sind. Fußballerisch gesagt: Niemand käme auf die Idee, seine Mannschaft in einem internationalen Turnier mit fünf Spielern aufs Feld zu schicken, sagend: Mehr können wir uns nicht leisten.



„Es ist zynisch zu sagen, wir brauchen keine Studiengebühren“, wenn es nicht mehr Geld für die Unis gebe, sagt Vitouch. (apa)

„Niemand käme auf die Idee, eine Fußballmannschaft bei einem internationalen Turnier mit fünf Spielern aufs Feld zu schicken.“

I Welche Summe fehlt den Unis?

Wenn wir davon reden, faire Spielverhältnisse zu schaffen, dann brauchen wir von 2019 bis 2021 um 500 Millionen Euro pro Jahr mehr. Damit könnten wir uns auch dem Ziel, zwei Prozent des BIP für den Hochschulsektor bereitzustellen, nähern. Derzeit befinden wir uns bei 1,5 Prozent in stabiler Seitwärtsbewegung.

I Kanzler Kern hat Zugangsbeschränkungen in Informatik an der TU Wien als „gesamtwirtschaftlich nicht sinnvoll“ kritisiert. Was halten Sie ihm entgegen?

Es gibt mir Hoffnung, dass die SPÖ nach Jahren des diesbezüglichen Dämmerschlafs wieder einen hochschulpolitischen Gestaltungsanspruch erhebt, der über „Wir haben eh den freien Zugang“ hinausgeht. Wenn man sagt, es ist nicht sinnvoll, Studieninteressierte abzuweisen, dann ist es geboten,

die Unis entsprechend auszustatten. Wir können nicht zaubern.

I Die SPÖ lehnt Studiengebühren vehement ab. Ist sie da ideologisch auf dem falschen Dampfer?

Sie hat sich zu sehr versteift auf ein System, das in den 70ern, wo wir 50.000 Studenten hatten, sinnvoll war, aber bei fast 300.000 Studierenden nicht. Es ist zynisch zu sagen, wir brauchen keine Gebühren, aber gleichzeitig die Ressourcen nicht bereitzustellen. Selbst moderate Gebühren von 363 Euro pro Semester brächten 200 Millionen Euro im Jahr. Trotzdem können diese eine solide staatliche Finanzierung bestenfalls ergänzen.

I Die Fachhochschulen bekommen Geld aus der Bankenmilliarde der Regierung, die Unis nicht. Sind die FHs die besseren Lobbyisten in eigener Sache?

Ich kann es nicht enträtseln, aber teils ist es ein politisches Spiel, wo Wirtschaftskammer- und Länderinteressen eine Rolle spielen. In der Wirtschaft sind die günstigeren Gehälter von FH-Abgängern beliebt. Die FHs sind in der angenehmen Situation, jene Studienplatzfinanzierung zu haben, die sich die Unis wünschen. Die Schattenseite der praxisbezogenen

Ausbildung ist, dass Gelerntes oft schnell veraltet. Bei allem Respekt: Mir ist kein europäisches Land geläufig, das durch die besonderen Erfolge seines Fachhochschulsektors berühmt geworden wäre.

I Zum Schluss: Sie haben mit Ihrer Frau, Professorin an Ihrer Uni, einen Beitrag in „Kinder, Küche, Konferenzen – die Kunst des Jonglierens“ verfasst. Haben Sie ein Erfolgsrezept zur Vereinbarkeit? Wenn ich das hätte, würde ich es gerne weitergeben. Es ist jeden Tag aufs Neue Improvisation und der Vorsatz, sich nicht unterkriegen zu lassen. Die vielbeschworene Vereinbarkeit ist echt nicht leicht. Gute Infrastruktur löst nicht alle Probleme, aber sie hilft ungemein.

ZUR PERSON

Oliver Vitouch hat nach dem Aufstieg von Sonja Hammer Schmid zur Bildungsministerin im heurigen Juni den Vorsitz in der **Universitätenkonferenz** übernommen. Der 45-jährige Wiener ist seit 2012 Rektor der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, verheiratet und hat zwei Kinder.

Asyl: Notverordnung im September?

Kanzler Kern (SP) nennt erstmals mögliches Datum, VP reagiert positiv

WIEN. Die von der ÖVP eingeforderte Asyl-Notverordnung zur Begrenzung der Zuwanderung dürfte kommen. Bundeskanzler Christian Kern (SP) nannte gestern erstmals ein Datum: am 6. September könnte ein Entwurf in Begutachtung gehen. Notwendig seien aber „Vorarbeiten“, Innenminister Wolfgang Sobotka (VP), der in den vergangenen Tagen auf die Notverordnung drängte, sei hier am Zug.

Er habe zwar die Hoffnung, dass die vereinbarte Obergrenze von heuer 37.500 Asylverfahren vielleicht auch ohne Anwendung der Sonderverordnung eingehalten werden kann, sagte Kern. Es gebe aber eine „Reihe von unberechenbaren Faktoren“.



Kontrolle an der Staatsgrenze (APA)

Drei Punkte müssten sichergestellt sein, meinte Kern, nämlich technische und juristische Fragen sowie Rücknahmevereinbarungen mit Ungarn, Slowenien und Italien. Wenn all das geklärt sei, „dann werden wir es im Ministerrat behan-

deln, wenn nicht, müssen wir nacharbeiten“.

Für den Bundeskanzler ist das „keine emotionale Frage“. Er bekenne sich zur Begrenzung der Zuwanderung, „diese ist in den letzten Monaten auch massiv gesunken“.

VP-Generalsekretär Peter McDonald nahm die Botschaft vorsichtig positiv auf. „Jetzt, wo Kanzler Kern doch seine Unterstützung für eine rasche Umsetzung bekundet, könnte Bewegung in die Sache kommen“, freute er sich per Aussendung. Man müsse die Verordnung präventiv beschließen, um „im Ernstfall“ die Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Obergrenze gewährleisten zu können.

Krankenkassen im Plus

Ausgleichsfonds stützt Wiener GKK

WIEN/LINZ. 48 Millionen Euro Überschuss lautet die aktuelle Zahl: Die Krankenkassen verbesserten ihre Prognose für 2016 noch einmal. Im Februar hatten sie noch ein Defizit von 94 Millionen Euro erwartet, im Mai waren sie schon von einem gemeinsamen Gesamtüberschuss von 3,9 Millionen Euro ausgegangen.

Im Voranschlag vom Februar war allerdings der zwischen Hauptverband und Pharmaindustrie abgeschlossene Vertrag zur Begrenzung der Medikamentenkosten noch nicht eingerechnet. Dieser soll eine Entlastung der Kassen von 125 Millionen Euro bringen. Für heuer wurde daher auch die Prognose für die Steigerung der Medi-

kamentenkosten um 4,1 Prozent zurückgenommen (Vorjahressteigerung: fünf Prozent).

Die Wiener Krankenkasse, die im Vorjahr einen Bilanzverlust von 16,6 Millionen Euro schrieb, prognostiziert für heuer ein Plus von 44,1 Millionen Euro: Wie im Vorjahr, kann sich die Wiener Kasse auf rund 60 Millionen Euro aus dem Ausgleichsfonds stützen, in den andere, positiv wirtschaftende Kassen einzahlen. So zahlt Oberösterreich rund 22 Millionen Euro netto, trotzdem soll der Bilanzgewinn heuer drei Millionen Euro betragen. Ein Minus prognostizieren für heuer die Tiroler (minus 10,7 Millionen Euro) und die Vorarlberger GKK (minus 900.000 Euro).